

Antrag 2024/A/1
AG60 Plus RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisen an: Parteivorstand zur Erarbeitung des nächsten Regierungsprogramms**Antrag zur Rente**

1 Wir fordern einen Umbau des Rentensystems durch die Einführung einer Erwerbstätigenrente, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, auch Beamte, Selbständige, militärische und zivile Dienste und Mandatsträger.

2
3
4
5
6

7 Bis zum Zustandekommen sind (Neu-) Renten und Pensionen schrittweise, um den gleichen Prozentsatz anzugleichen, bis eine Gleichstellung bei einem Rentenniveau um 11 60 % erreicht ist.

12 Für Rentnerinnen und Rentner, die mindestens 35 Jahre in Vollzeit gearbeitet haben, ist die Mindestrente auf einen Betrag oberhalb der Armutsgrenze festzulegen.

13
14
15

16 Um die Teilhabe nicht weiter einzuschränken, sind während der Umstellung Zahlungen, die bei Pensionen gewährt werden, auch den Rentnerinnen und Rentnern zu leisten, zum Beispiel Inflationsausgleich.

17
18
19
20

21 Die Finanzierung einer auskömmlichen Rente bedarf einer umfassenden Reform von Steuern auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit;

22
23
24

25 gerechte Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer, deutliche Entlastung bei der Einkommenssteuer bis zu einem Einkommen von 50.000,- Euro p.a., eine progressive Staffelung bis zu einem Einkommen von 199.999,- Euro p.a. . Ab einem Einkommen von 200 000,- Euro p.a. soll ein Höchststeuersatz von 49 % gelten.

26
27
28
29
30
31
32

33 Kapitalertragssteuer soll mit dem höchstmöglichen Einkommenssteuersatz direkt erhoben werden bei weiterhin einem Spa-

34
35

36 rerbfreibetrag von 1.000,- Euro p.a. (Kleinan-
37 leger verrechnen die Kapitalertragssteuer
38 mit ihrem persönlichen Steuersatz bei der
39 Einkommensteuererklärung.)

40

41 **Begründung**

42 Wir, der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft
43 60 plus der SPD Rheinland-Pfalz, sehen mit
44 Sorge, dass die Rentnerinnen und Rentner
45 immer weiter verarmen. Die SPD, deren
46 Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und So-
47 lidarität heißen, schaut zu und vertritt das
48 Rentenpaket II, das diese Entwicklung noch
49 unterstützt. Vergessen wurden die Rent-
50 nerinnen und Rentner auch beim Inflati-
51 onsausgleich von 3.000,- Euro, die an Be-
52 zieherinnen und Bezieher von Pensionen
53 ausgezahlt wurden, die mit – im Durch-
54 schnitt – 3240,- Euro Pension monatlich
55 mehr als ausreichend versorgt sind, Und
56 dies geschah auf Kosten der Steuerzahle-
57 rinnen und Steuerzahler, die allein dafür 5,4
58 Milliarden Euro erwirtschaften mussten.

59 Laut Rentenatlas2023 (Statistik der gesetz-
60 lichen Rentenversicherung) beziehen mehr
61 als 20 Millionen Rentnerinnen und Rent-
62 ner eine gesetzliche Regelaltersrente. Sie
63 beträgt für Männer im Durchschnitt net-
64 to 1 543,- Euro. Frauen beziehen im Durch-
65 schnitt nur 1173,- Euro netto monatliche Al-
66 tersrente nach mindestens 35 Jahren Ein-
67 zahlung der Rentenbeträge. Nur 4,1 Mil-
68 lionen Betroffene haben zusätzlich Bezü-
69 ge aus privater Vorsorge. Etwa 16 Millionen
70 Rentenbezieher erhalten damit Zahlungen,
71 die unterhalb der Armutsgrenze liegen, die
72 in Deutschland 2024 mit 60 % des mittleren
73 Arbeitseinkommens bestimmt ist-

74 Diese Zustände sind beschämend für die
75 SPD und ihre Politik. Sie muss jetzt han-

76 deln und Vorstellungen für die Befreiung
77 der Rentnerinnen und Rentner aus der Ar-
78 mut entwickeln.

79 Diese muss sie bei Wahlen vertreten und
80 die Erwerbstätigenrente bei künftigen Ko-
81 alitionsverhandlungen, als für sie essentiell
82 einbringen. Die SPD würde damit eine bei
83 vielen Bürgerinnen und Bürgern verbreite-
84 te Forderung übernehmen.

85 Bei der Bundestagswahl 2025 entscheiden
86 die Bürgerinnen und Bürger über Glaub-
87 würdigkeit und Zukunftsfähigkeit der SPD.

88 Wir sind uns bewusst, dass Rente und Steu-
89 ern Bundesthemen sind, aber wir müssen
90 alle Kräfte sammeln.

91 Es braucht gerechte Politik und Solidarität
92 mit unseren Rentnerinnen und Rentnern,
93 die 45 Jahre lang morgens um 6 Uhr aufge-
94 standen sind und dieses Deutschland auf-
95 gebaut haben.

96

97 An den Landesvorstand der SPD Rheinland-
98 Pfalz mit der Bitte um Zustimmung, Un-
99 terstützung und Weiterleitung an die Man-
100 datsträger in Bundestag und Bundesrat